

BZ enthüllt: CDU erhielt vier Spenden á 9.950 Euro.

BZ-online berichtet, dass bei der Berliner CDU – nach BZ-Informationen – vier Spenden á 9.950 Euro eingingen.

Offenbar kommen die Spenden von Bauunternehmer Klaus Groth, jedenfalls dreht sich um seine Spenden der Artikel von BZ-Chef-Ermittler Lars Petersen. Eine Sprecherin von Groth wird wie folgt in der BZ zitiert: „Die Spenden erfolgten aus unterschiedlichen Anlässen, zu unterschiedlichen Zeitpunkten und von unterschiedlichen Gesellschaften.“ Es werde damit keine Erwartung an eine bevorzugte Behandlung verbunden. „Im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt die Groth-Gruppe kirchliche, soziale, bildungspolitische und kulturelle Projekte, Einrichtungen, Stiftungen sowie auch etablierte Parteien.“

In dem BZ-Beitrag wird ferner darauf hingewiesen, dass auch die SPD Spenden von Unternehmen der Groth-Gruppe erhielt. „Unter anderem floss Geld an den Kreisverband Lichtenberg. Spitzenkandidat dort: Bausenator Andreas Geisel (50, SPD)! Der zog zuletzt nach jahrelangem Hin und Her das Planungsverfahren für ein umstrittenes Groth-Vorhaben im Mauerpark an sich und hebelte ein Bürgerbegehren von Anwohnern aus“, behauptet die BZ und stellt damit eine direkte Verbindung von Spende und Gegenleistung her. Insgesamt soll die SPD fünf Spenden á 9.950 Euro bekommen haben, drei davon gingen direkt an den Landesverband, eine an den Kreisverband Lichtenberg und eine an Neukölln. Der Landesverband der Berliner SPD überwies jedoch nach einem Vorstandsbeschluss vom 18. April zwei von den drei Zahlungen zurück, schreibt die BZ.

Hintergrund der Rücküberweisung ist nach BZ-Angaben offenbar der § 31 d des Parteiengesetzes, wonach, „Wer Spenden in Teilbeträge zerlegt und verbucht mit der Absicht, die Herkunft zu verschleiern, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft“. Denn, Spenden unter 10.000 Euro müssen nicht veröffentlicht werden, folglich belaufen sich die Zuwendungen auf jeweils 9.950 Euro. Das Gesetz sagt: „Spenden ab 10.000 Euro müssen Parteien im jährlichen Rechen-

schaftsbericht unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders veröffentlichen. Beträge über 50.000 Euro sind dem Bundestagspräsidenten sofort anzuzeigen. Eine Stückelung in kleinere Beträge ist zulässig. Die Summe muss dann aber zusammengerechnet und gegebenenfalls veröffentlicht werden.“

Übrigens:

Unser Beitrag ist inhaltlich genauso bei BZ-online erschienen...

<http://www.bz-berlin.de/berlin/bauloewe-finanziert-den-wahlkampf-von-bausenator-geisel>

...allerdings mit einem kleinen, aber feinen Unterschied.



Online wie in der Printausgabe ist die Spende an den SPD-Kreisverband Lichtenberg, in dem Senator Geisel zu Hause ist, die Überschrift. Die vier Spenden an die CDU erscheinen im letzten Satz des Artikels, aber nur online...

BZ manipuliert eigene Veröffentlichung

Es gibt ja Vorgänge, die hält man trotz jahrzehntelanger Erfahrung nicht für möglich. Während online der Artikel von Lars Petersen mit dem Satz: „In der Tat gingen nach B.Z.-Informationen auch bei der Berliner CDU vier Spenden von je 9950 Euro ein“ endet, fehlt dieser Hinweis in der heute erschienenen Druckausgabe der BZ:

Eine Groth-Sprecherin erklärte: „Die Spenden erfolgten aus unterschiedlichen Anlässen, zu unterschiedlichen Zeitpunkten und von unterschiedlichen Gesellschaften.“ Man erwartete deshalb keine bevorzugte Behandlung.

Der BZ-Artikel endet mit dem Zitat der Groth-Sprecherin. Der Satz mit dem Hinweis auf die CDU ist auf wundersame Weise verschwunden. Aus Platzgründen vermut-

lich. Auch im „Schwester-Blatt“ der BZ, der BILD-Zeitung, fehlt der Hinweis auf die Spenden an die CDU. Warum, so fragt man sich? Sollte die online aufgestellte Behauptung falsch sein, wäre sie längst vom Bildschirm verschwunden. Bis 13.30 Uhr MESZ war der Hinweis noch online nachzulesen. Warum manipuliert die BZ ihre eigenen Artikel? Auch für die BZ-Leser, die über keinen Computer verfügen, wäre der Hinweis doch interessant, dass nicht nur die SPD Spenden von Groth bekommen hat, sondern offenbar auch die CDU, oder?

Pillepalle

Worüber sich allerdings BZ und BILD großflächig aufregen, wird anderswo als Pillepalle bezeichnet. Am 4. Januar 2015 ist bei SPIEGEL.de zu lesen: „Eine Parteispende des Südwestmetall-Verbands bringt die Grünen in Erklärungsnot. 100.000 Euro überwies das Industriebündnis kurz vor Weihnachten an die Friedens- und Umweltpartei - ein neuer Rekord und nach den 150.000 Euro, die an die CDU gingen, die zweithöchste Spende, die der baden-württembergische Arbeitgeberverband einer Partei in 2014 vermachte.

Im Vorjahr hatten die Grünen mit ihrem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann nur 60.000 Euro von Südwestmetall erhalten. Zu den Mitgliedern der in Stuttgart beheimateten Organisation zählen eine ganze Reihe von Rüstungsfirmen wie Heckler & Koch (Pistolen, Gewehre), Diehl Defence (Lenkflugkörper, Munition) oder MTU (Militärtriebwerke).

Benedikt Mayer, Bundesschatzmeister der Grünen, erklärt zu dem Vorgang, bei Südwestmetall seien nicht nur Rüstungsfirmen organisiert, sondern auch solche, „die etwa Umweltschutztechnologie herstellen.“ Die Grünen sind eine wirklich etablierte Partei.

Aber, es kommt noch besser. Am 1. März 2016, knapp zwei Wochen vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg, schreibt der SPIEGEL: „Die Grünen haben eine ungewöhnlich üppige Spende empfangen: 300.000 Euro wurden Ende Februar auf ihr Konto überwiesen. Es handelt sich um einen der

größten Beträge, der in den vergangenen Jahren am Stück an eine deutsche Partei gespendet wurde. Am Dienstag wurde die Großspende auf der Website des Bundestags öffentlich gemacht.“ Jochen Wermuth, ein Vermögensberater aus Berlin, ist diese Spende zu verdanken, die auf seinen Wunsch hin „explizit“ und „komplett“ an den Grünen Landesverband Baden-Württemberg ging. Kommentar der Grünen: „Das hat uns richtig geholfen.“

Alles öffentlich machen

Halten wir fest: Alle Spendenzahlungen sind offenbar legal. Herrn Groth in Berlin hat es nichts genutzt, seine Spenden mit Summen unter knapp 10.000 Euro aufzuteilen. Es wurde natürlich bekannt, weil Lars Petersen eben alles herausbekommt.

Wer auch immer Parteien Geld spendet, soll dies tun. Aber eine Partei ist eben kein „kirchliches, soziales, bildungspolitisches oder kulturelles Projekt“. Parteien nehmen Einfluss auf das Leben der Menschen in einem Land. Ich möchte wissen, bevor ich eine Partei wähle, von wem sie Geld annimmt. Das heißt, Veröffentlichung ab 101 Euro pro Quartal und keine Stückelungen. Natürlich sind Parteien auf Spenden angewiesen, aber sie selbst sollten kritisch überlegen, von wem sie etwas annehmen.

Dass ausgerechnet die Grünen von Rüstungskonzernen Geld nehmen, nur weil diese sich auch mit Umweltschutztechnologie beschäftigen, ist ein absolutes No Go! Was heißt denn das? Schießen deren Gewehre mit Bio-Munition?

Der SPD-Landesverband hat zwei von drei Spenden zurücküberwiesen. Eine kluge Entscheidung. Die CDU sollte dem folgen und drei ihrer vier Spenden rückgängig machen. Dass ausgerechnet der SPD-Kreisverband Lichtenberg eine Spende erhält, aus dem Bausenator Geisel kommt, ist unschön. Auch wenn die Zahlung völlig legal ist, so verursacht sie letztlich Artikel wie heute in BZ und BILD. Und so eine überflüssige Aufmerksamkeit braucht niemand vier Monate vor der Wahl. Lichtenberg sollte den Betrag ebenfalls zurücküberweisen.

Es kann sein, dass bei einer restriktiveren Veröffentlichungspflicht von Spendernamen, die Parteien weniger Geld bekommen. Dann wäre es ehrlicher, die staatlichen Zuschüsse zu erhöhen. Demokratie gibt es für den Steuerzahler nicht zum Nulltarif.

Ed Koch